

## **STADT FRIEDRICHSHAFEN**

### **Öffentliche Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 208 „Regenerstraße“**

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 208 einschließlich der örtlichen Bauvorschriften wurde vom Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen mit Sitzung vom 24.04.2017 gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die südlich der Regenerstraße gelegenen Flurstücke 14 und 14/2, Flur Seemoos, Gemarkung Friedrichshafen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan einschließlich der Satzung über örtliche Bauvorschriften, bestehend aus Lageplan, Textteil und Vorhaben- und Erschließungsplan, sowie die dazugehörige Begründung liegt beim Stadtplanungsamt im Technischen Rathaus, Charlottenstraße 12, Zimmer 2.25, während der Öffnungszeiten aus. Jedermann kann die Unterlagen einsehen und über ihren Inhalt Auskunft erhalten.

Gemäß § 215 Abs. 1 BauGB werden unbeachtlich

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrensvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 GemO in dem dort bezeichneten Umfang unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) unzulässig ist, soweit mit ihm nur Einwendungen vorgebracht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Die Verletzungen sind schriftlich gegenüber der Stadt Friedrichshafen, Stadtplanungsamt, Charlottenstraße 12, 88045 Friedrichshafen unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts anzuzeigen.

Friedrichshafen, den 06.05.2017

**gez. Dr.-Ing. Köhler**  
**Erster Bürgermeister**